

Die Malage enthält die unter ihnen getroffene Uebereinkunft über die sofortige Einsetzung dieses Gerichtes.

Sie haben diesen Schritt um so unbedenklicher gethan, je weniger es dazu irgend einer legislatorischen Thätigkeit bedurfte. Denn einem Schiedsgerichte sich zu unterwerfen, steht einem Jeden zu; und wenn hier das Schiedsgericht von einer Seite allein ernannt wird, so wird auch Niemand genöthigt, bei demselben Klage zu erheben, der dies nicht seinem Vortheile gemäß erachte. Nur die Regierungen, die Fürsten sind es, welche dasselbe unbedingt über sich erkennen. Diese aber, indem sie sich unterwerfen, bezeugen dadurch, daß sie die Sicherheit nicht allein in äußerer Ordnung suchen, sondern im tiefen sittlichen Grunde derselben, im Rechte. Sie ziehen damit eine scharfe Grenze zwischen ihrem jetzigen Standpunkte und demjenigen einer früheren Zeit, welche nur jene äußere Ordnung, nur die Unterdrückung der Unruhen dem Bunde zuwies, ohne demselben zugleich die Mittel zu gewähren und die Pflicht aufzulegen, das verletzte Recht auch gegen die Regierungen zu schützen. Eben deshalb haben die verbündeten Regierungen aber auch diese Prüfung und Entscheidung des Rechts nicht sich selbst vorbehalten, sondern solche einem völlig getrennten und selbstständigen Gerichte überweisen müssen. Die Organe der Regierungen, welche zur Herstellung der äußeren Ordnung thätige eingreifen sollen, werden eben dadurch selbst betheiligt; man kann ihnen in zweifelhaften Fragen unmöglich diejenige Unbefangenheit zutrauen, aus welcher allein ein gerechtes Urtheil hervorgehen kann.

Endlich haben sie auch, indem sie den in der Uebereinkunft enthaltenen Bestimmungen wesentlich diejenigen Normen zum Grunde gelegt haben, welche der Entwurf der Reichsverfassung über das Reichsgericht aufstellt, ein Zeugniß geben wollen, daß sie diesen Entwurf für mehr als ein bloßes Projekt halten, vielmehr ihnen ernstlich daran gelegen ist, demselben so bald und so kräftig, als irgend möglich, Leben und Wirksamkeit zu verschaffen.

Wenn nun aber die verbündeten Regierungen die Bedingung stellen, daß Jeder, der ihre Hülfe verlangt, sich diesem provisorischen Bundeschiedsgerichte unterwerfe, so glauben sie auch darin ungetheilten Beifall hoffen zu dürfen. Sie können sich unmöglich zur Aufgabe machen, Unrecht irgend einer Art zu befestigen. Wer ihren Beistand wünscht, muß sich in dieser Beziehung mit ihnen auf gleichen Boden stellen. Sie hegen das Vertrauen, daß alle deutsche Regierungen von gleichen Grundsätzen ausgehen und so hoffen sie, in der ausgesprochenen Bedingung selbst das kräftigste Mittel zur Förderung einer Einigung erblicken zu dürfen, von der nach ihrer Ansicht das Wohl und Wehe Deutschlands abhängt.

**Berlin, 1. Juni.** Man hofft, daß binnen kurzer Zeit in Betreff der Reichsverfassung zustimmende Erklärungen von Venedig, den beiden Mecklenburg, Oldenburg, Reuß und andern kleinen Staaten eingegeben werden. (Die Kölner Ztg. berichtet, daß Lippe-Detmold bereits zugegetreten sei.) Auch den Beitritt Baierns erwartet man, obgleich die bisherigen Schritte der Regierung dieses Landes diese Hoffnung nicht all zu sehr berechtigen. Die besonderen Rücksichten, die der Verfassungsentwurf Baiern den andern größern Staaten Deutschlands gegenüber angedeihen läßt, haben diesen Staat nicht vermocht, von „seinen großdeutschen Plänen“ abzugehen. Man lehnt sich in München noch immer an Wien an. — Auch mit Oestreich sind noch viele Schwierigkeiten in Bezug auf den „weiten Bund“ zu beseitigen und für Preußen ist deren Beseitigung zur Ehrensache geworden durch hierauf bezügliche Versprechungen an die Höfe von Dresden und Hannover.

**Berlin, 2. Juni.** Wenn der Entwurf des neuen deutschen Wahlgesetzes wirklich zur Ausführung kommen sollte, würde hier die Zahl der Urwähler von 90 auf 20 Tausend zurücksinken. Kaum der vierte Theil derjenigen, welche das erste Mal gewählt haben, würden daran Antheil nehmen können und davon auch der General v. Wrangel, Radomiz, der Minister v. d. Heydt und der Polizei-Präsident Hintel-dey ausgeschlossen seyn, weil sie nicht seit 3 Jahren ihren Wohnsitz in Berlin genommen haben. Wir begreifen wohl, wie man in einem Ort sich einige Zeit aufgehalten haben müsse, um mit Sachkenntniß an den Gemeindevahlen Theil nehmen zu können, aber bei politischen Rechten ist der Fall ein ganz anderer, in welchem nur die Kenntniß der Staatsverhältnisse, die man sich im ganzen Lande erwerben kann, erforderlich ist. Der reisende Staatsbürger wird offenbar besser von der Gebrechlichkeit und Untrüglichlichkeit ministerieller Maßregeln unterrichtet sein, als der Spießbürger eines kleinen Dorfes, der seit drei Jahren seine Landscholle nicht verlassen hat. Wie unser früherer Polizei-Staat die Intelligenz aus der ständischen Gesetzgebung sorgfältig ausschloß, so hat man dasselbe in dem neuen Wahlgesetz ebenfalls versucht.

**Berlin, 2. Juni.** (Berl. Nachr.) Die acht Preussischen Armeekorps sind nun sämtlich kriegsgerüstet, so daß Preußen in diesem Augenblicke 380,000 Mann auf den Beinen hat. Unter diesen befinden sich 40,000 Mann Kavallerie und 400 Geschütze. Zwei Drittel der Artillerie sind mit den neuerlich verbesserten Wagen versehen worden. Die Schnelligkeit dieser neuerlich verbesserten Artillerie-Wagen hat sich durch Prüfungsversuche bewährt. Bei einem der letzten Manöver erwiesen sich die 12Pfünder ebenso schnell wie die 6Pfünder und legten eine Meile in 38 Minuten zurück.

(Berl. Nachr.) Der Magistrats-Buchhalter Felgentreu ist mit dem größten Theile des entwendeten Geldes in Wittenberge ergriffen worden. Braunschweig hat eine Erklärung abgegeben, nach welcher seine Truppen in Schleswig ferner nicht mehr unter dem Oberbefehl des Reichsverwesers, sondern unter dem des Königs von Preußen stehen.

**Frankfurt, 2. Juni.** Seit vorgestern ist an der Badisch-Heßischen Gränze durchaus nichts von Belang mehr vorgefallen; kein Feind hat sich blicken lassen. Andererseits liegen aber bestimmte Anzeichen vor, daß die Angriffe auf der Gränze von Seiten der Aufständischen nur deshalb unternommen worden sind, um dort die Aufmerksamkeit zu beschäftigen und, sobald Frankfurt mehr und mehr von Truppen entblößt sein würde, in Frankfurt selbst einen Handstreich zu versuchen, in Frankfurt, das nicht bloß seiner reichen materiellen Hilfsmittel wegen, sondern auch als strategischer Punkt von großer Wichtigkeit ist. Es sind deshalb seit vorgestern nicht allein keine Truppen mehr in südlicher Richtung befördert worden, sondern es haben auch die sämtlichen Mecklenburgischen Truppen Befehl, sobald sie eine große Rekognoscirung, auf welcher sie gegenwärtig im Odenwald begriffen sind, beendet haben, nach Frankfurt zurückzukehren, und wird man erst dann, wenn im Rücken von Frankfurt hinlängliche Truppenmassen gesammelt sind, in Baden selbst eingehen und den Durchmarsch nach der Reichsfestung Rastatt nöthigenfalls erzwingen. Man wird dazu ausschließlich die Kontingente der kleineren Staaten verwenden und aus den Preussischen und den mehrfachen Nachrichten ebenfalls im Anzuge begriffenen K. K. Oestreichischen Truppen die Reserve bilden. General Peucker hat den Truppen, welche Worms besetzt hielten, den Befehl gegeben, die Stadt zu räumen, da er es für mißlich hält, so lange das übrige Rheinhessen nicht von Truppen besetzt worden, eine kleine vorgeschobene Abtheilung in der Nähe der Gränze stehen zu lassen. Die Truppen sind demgemäß abgezogen und Worms ist bereits von den Freischaaaren wieder besetzt.

**Frankfurt, 4. Juni. Der Reichsministerpräsident Dr. Grävell hat gestern seine Entlassung genommen.**

\* **Paderborn, 6. Juni.** Was der hiesige Pius-Verein in der Sitzung vom 3. d. M. beschloß, hat der Pius-Verein zu Köln bereits in Ausführung gebracht. Folgende Erklärung ist in der Sitzung desselben vom 4. d. zum Beschluß erhoben:

In Erwägung, daß Wachsamkeit vor Allem Noth thut, wenn nicht selbst die Hoffnung auf Wiederherstellung eines großen und mächtigen Deutschlands, auf Gründung eines einigen, wahrhaft freien Vaterlands dem Volke bei der gegenwärtig allgemeinen Verwirrung spurlos abhanden kommen soll;

In Erwägung, daß die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover einerseits aus der augenblicklichen politischen Lage Deutschlands das Mandat nicht herleiten können, eine sogenannte Reichsverfassung zu ertroyiren, wodurch Deutschland thatsächlich zerrissen und ein Zustand — schlechter immerhin als der alte deutsche Bund — herbeigeführt würde;

daß die gedachten Regierungen andererseits auch aus den bestehenden staatsrechtlichen Bestimmungen den Versuch nicht rechtfertigen können, dem Erzherzog-Reichsverweser eine Gewalt zu entziehen, welche ihm von der deutschen Nation, im Einverständniß mit den Fürsten, übertragen worden;

In Erwägung, daß die Gefahr groß war und dem Wächter Deutschlands der Dank der Nation gebührt:

Aus diesen Gründen:

erklärt der Kölner Pius-Verein:

„daß Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser durch das entschiedene, würdevolle Ablehnen des ihm seitens der königlichen Regierung Preußen gestellten Anstimmens, die Reichsstatthalterschaft abzutreten, so wie durch die fernere Behauptung des ihm anvertrauten hohen Postens sich den Dank der deutschen Nation verdient hat.“

Köln, den 4. Juni 1849.

Der Vorstand des Vereins Pius IX.

Für denselben: Der Stellvertreter des Vorsitzenden:

**J. P. Bachem.**

Der Schriftführer: **Carl. Jos. Schmitz.**

**Düsseldorf, 1. Juni.** Fortwährend befinden wir uns noch im Belagerungsstande; eine Aussicht auf baldige Aufhebung desselben scheint bis jetzt noch nicht vorhanden zu sein; er wird indeß mit Milde gehandhabt, so daß Handel und Wandel ganz unbehindert sind; nur einige Thore sind noch mit Militärposten besetzt; auch musikalische Aufführungen sind wieder gestattet. Die Stimmung der Bevölkerung ist im Ganzen gedrückt und sogar ein gewisser politischer Indifferentismus eingetreten, wie man dies häufig nach größeren Aufregungen wahrnimmt, an denen es uns wahrlich nicht gefehlt hat. Ueber die Untersuchungen gegen die politischen Gefangenen gelangt nur wenig ins Publikum; mehrere sind entlassen, gegen Caution — Die Truppenzüge mit der Eisenbahn haben seit vorgestern bedeutend nachgelassen; das 4. Gardelandwehr-Regiment, welches hier zusammengezogen und in einigen Tagen nach St. Goar abmarschirt, bietet einen imposanten Anblick dar; die Leute sind äußerst kräftig und groß, und sollen haupt-